

Industriepolitik

ZUSAMMENFASSUNG

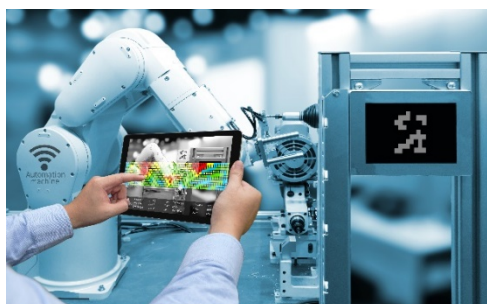
Die Europäische Union (EU) ist seit 1992 bestrebt, durch ihre Industriepolitik günstige Bedingungen für die Wachstumssteigerung und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu schaffen. Nach wie vor bildet die Industrie einen Eckpfeiler der europäischen Wirtschaft, stellt jeden fünften Arbeitsplatz und zeichnet für den Großteil der EU-Ausfuhren und Investitionen in Forschung und Innovation verantwortlich. Inzwischen lautet das Ziel der EU-Politik, einen erfolgreichen Übergang zu einer digitalen, wissensbasierten, CO₂-armen und stärker kreislaforientierten Industrie in Europa zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützt, koordiniert und ergänzt die EU die auf einzelstaatlicher Ebene ergriffene Politik und Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen Forschung und Innovation, KMU und digitale Technologien.

In einer im Auftrag des Europäischen Parlaments durchgeführten Eurobarometer-Umfrage hat sich über die Hälfte der Unionsbürger für eine Ausweitung des industriepolitischen Engagements der EU ausgesprochen. Dennoch stellt die Industriepolitik nach wie vor den am wenigsten verstandenen Politikbereich der Umfrage dar.

Seit 2014 wurden in zahlreichen Bereichen Anstrengungen unternommen. Zu den unterstützten Bereichen zählen Investitionen (hauptsächlich über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen, mit dem die Modernisierung der Industrie gefördert wird), Digitalisierung (u. a. Aufbau einer Reihe von Forschungspartnerschaften oder eines wachsenden Netzwerks digitaler Innovationszentren), Finanzierung (Erleichterung des Zugangs zu öffentlichen Märkten und Risikokapital für Industrie und KMU), umweltfreundlichere Industrie (z. B. durch die überarbeiteten Emissionsziele 2030 oder Maßnahmen zur Förderung sauberer Mobilitätslösungen), Standardisierung (Zusammenführung relevanter Interessenträger zur gemeinsamen Ausarbeitung und Aktualisierung europäischer Normen) und Qualifikationen (Mobilisierung der wichtigsten Interessenträger, um die Qualifikationslücke zu schließen und geeignete Arbeitskräfte für die moderne Industrie auszubilden). Das Europäische Parlament hat sich für eine ambitionierte Politik in vielen dieser Bereiche ausgesprochen.

Für die Zukunft wird mit einem moderaten Anstieg der EU-Ausgaben für wichtige, industriepolitisch relevante Bereiche gerechnet. Die Europäische Kommission schlägt vor, den Anteil an Unionsausgaben für Forschung, KMU und wichtige Infrastrukturen zu erhöhen, wenn auch nicht so stark, wie vom Parlament gefordert. In den nächsten Jahren wird der politische Schwerpunkt voraussichtlich auf einen gerechteren globalen Wettbewerb, die Förderung von Innovationen, den Aufbau digitaler Kapazitäten und die Steigerung der Nachhaltigkeit der europäischen Industrie gelegt.

Dies ist die aktualisierte Fassung eines Briefings, das vor der Europawahl 2019 veröffentlicht wurde.



In diesem Briefing

- Sachstand
- Erwartungen der Öffentlichkeit mit Blick auf das Engagement der EU
- EU-Rahmen
- Erfolge der Wahlperiode 2014–2019
- Potenzial mit Blick auf die Zukunft

Sachstand

Wie die meisten entwickelten Volkswirtschaften bleibt auch Europa nicht von der [Deindustrialisierung](#) verschont. So sank etwa der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am europäischen BIP von 18,5 % im Jahr 2000 auf 15 % im Jahr 2012 und der Anteil der Industrie an der gesamten [Bruttowertschöpfung](#) der EU von 22 % im Jahr 2000 auf 19 % im Jahr 2016. Besonders negative Folgen für die Branche hatte die Wirtschafts- und Finanzkrise, in deren Zuge zwischen 2008 und 2012 3,8 Millionen [Arbeitsplätze](#) verloren gingen.¹ Auch wenn das [Vorkrisenniveau](#) noch nicht wieder erreicht ist, befindet sich die Industrie seitdem jedoch auf stetigem Erholungskurs. So stieg beispielsweise der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung der EU zwischen 2009 und 2016 um 6,4 %, und zwischen 2013 und 2016 wurden netto über 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Ein noch schnelleres Beschäftigungswachstum ist im verarbeitenden Gewerbe zu verzeichnen, insbesondere in den besser vergüteten Ingenieur-, Fach- und Führungspositionen. Darüber hinaus ist die Arbeitsproduktivität seit 2009 jährlich um 2,7 % und damit stärker als beispielsweise in den USA und Korea (0,7 % bzw. 2,3 %) gestiegen.

Die Industrie ist demnach für die europäische Wirtschaft weiterhin von zentraler Bedeutung, zumal ein Fünftel der Arbeitsplätze und über 80 % der [EU-Ausfuhren](#) auf sie entfallen. Insbesondere das verarbeitende Gewerbe trägt entscheidend zur Förderung von Produktivität und Innovation in der gesamten Wirtschaft bei. So entfallen darauf 64 % der privatwirtschaftlichen FuE-Ausgaben und 49 % der Innovationsaufwendungen. Darüber hinaus schafft jeder zusätzliche [Arbeitsplatz](#) in der Fertigung zwischen 0,5 und 2 Arbeitsplätze in anderen Branchen. Interessanterweise erholten sich EU-Länder mit einer starken Industrie überdurchschnittlich schnell von der Krise.

Europa ist in vielen Industriezweigen und Technologien [internationaler Spitzenreiter](#), insbesondere in Branchen mit hoher Wertschöpfung, umweltfreundlicherer Herstellung und geringer Umweltbelastung. Es behauptet sich gut auf Märkten mit fortschrittlicheren, innovativeren und immer individueller zugeschnittenen Produkten und Dienstleistungen. Die europäische Industrie ist um eine führende Rolle bei neuen Technologien bemüht,² muss sich aber auch darauf einstellen, dass eine höhere Ressourceneffizienz notwendig ist und eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft mit geringen CO₂-Emissionen gefördert werden muss. Daraus ergeben sich neben neuen Chancen auch neue Herausforderungen.

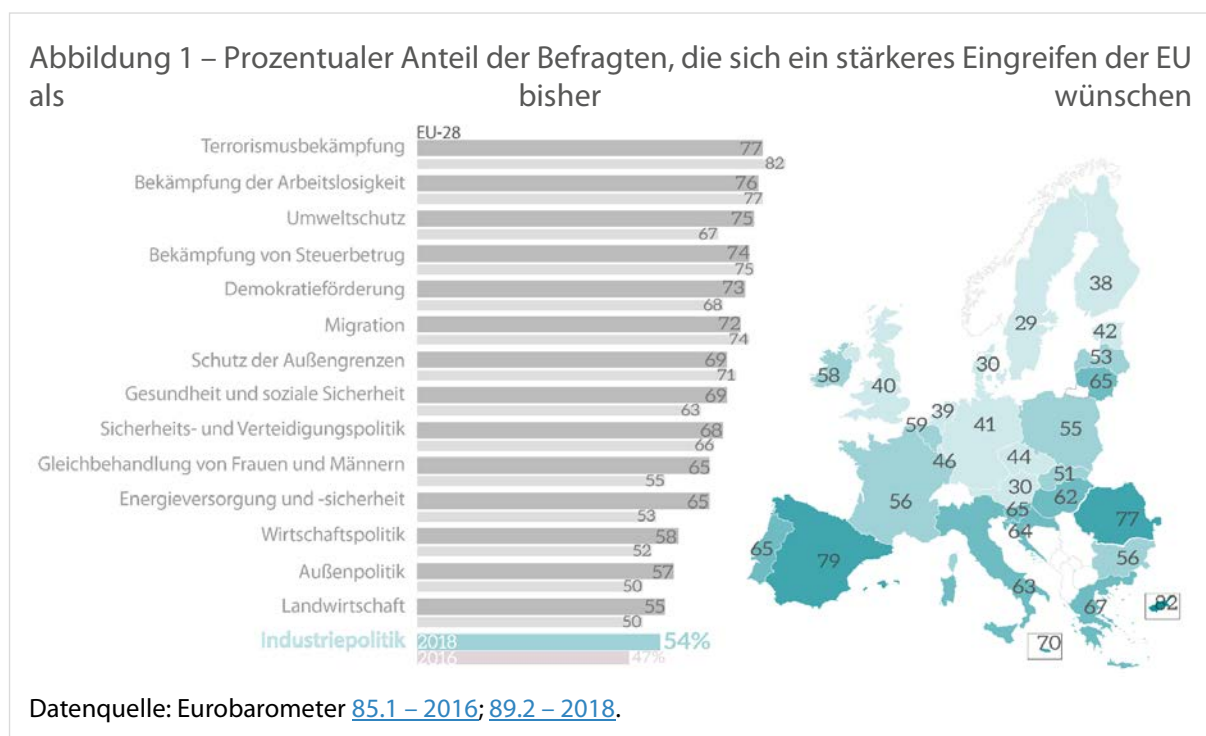
Derzeit durchläuft die europäische Industrie einen [Wandel](#), der auf der immer größer werdenden Rolle neuer Technologien wie der Robotik, dem Internet der Dinge und künstlicher Intelligenz fußt. Die Kombination dieser Technologien und die Umstrukturierung der Arbeit haben zur Folge, dass sich bei den Herstellungsverfahren ein schrittweiser Wandel hin zur intelligenten Fabrik vollzieht, die auf der innovativen Interaktion zwischen Mensch und Maschine aufbaut. So sollen stärker individualisierte und hochwertigere Produkte hergestellt werden. Dieser industrielle Wandel bietet beispiellose Möglichkeiten, wenn es gilt, Erkenntnisse über Fertigungsleistung, Kundenverhalten und Produktentwicklung zu gewinnen und hier steuernd einzugreifen. Er birgt auch das Potenzial, die Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum in Europa zu verbessern und in der verarbeitenden Industrie mit mittlerer und hoher Technologieintensität gut bezahlte [Arbeitsplätze](#) zu schaffen.

Wenn dieser Wandel tatsächlich stattfinden soll, ist jedoch eine Reihe von Durchbrüchen in diversen Bereichen erforderlich: etwa eine breit angelegte Umsetzung der Digitalisierung auch im Mittelstand, gefördert durch umfangreiche Investitionen, kontinuierliche Innovationstätigkeit und die Verfügbarkeit von entsprechend qualifizierten Arbeitskräften. Zudem ist dies ein sehr langwieriger Prozess. Auch wenn die wichtigsten Bausteine für diese ganzheitliche Vision bereits vorhanden sind, liegt die Verschmelzung aller notwendigen Technologien zu kohärenten Systemen noch in weiter Ferne, und der diesbezüglich bereits erzielte Fortschritt unterscheidet sich je nach Mitgliedstaat erheblich. Darüber hinaus ist die europäische Industrie dem zunehmenden internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Neue Weltmächte wie China setzen zunehmend auf Spitzentechnologien und strategische Wertschöpfungsketten. Die von der Industrie

bereitgestellten [Daten](#) deuten darauf hin, dass die europäische Industrie auf dem Weltmarkt allmählich Markt- und Exportanteile verliert. Zurückzuführen ist dies auf das kräftige Wachstum chinesischer und anderer asiatischer Hersteller. Obwohl die verarbeitende Industrie in Europa nach wie vor einen hohen Grad an technologischer Komplexität aufweist, scheint sich die Technologielücke zu schließen.

Bisher lag der Schwerpunkt der EU-Politik hauptsächlich auf der Förderung von Modernisierung und Entwicklung der Industrie, der Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs, der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der Verbesserung der Ressourceneffizienz, der Förderung der Standardisierung, der Stärkung des Binnenmarkts, der Umsetzung regionaler Entwicklungsinstrumente zur Förderung von Innovation, Qualifikation und Unternehmertum und der Verbesserung des Zugangs zu Ressourcen wie Rohstoffen, Fachkräften und Finanzierung.³ In verschiedenen Bereichen wird die Unterstützung der EU benötigt, etwa mit Blick auf den Aufbau eines rechtlichen Rahmens zur Erleichterung des Marktzugangs und Wachstums für Unternehmen, die Förderung von weltweit wettbewerbsfähigen strategischen Wertschöpfungsketten, die Bündelung von Ressourcen für Innovationen in der Industrie und Investitionen in diese, die Förderung der Technologiediffusion und die Verfügbarmachung von Technologien für europäische Unternehmen sowie die Unterstützung der Arbeitskräfte bei dem Erwerb eines hohen Qualifikationsniveaus.

Erwartungen der Öffentlichkeit mit Blick auf das Engagement der EU⁴



Wie vergleichende Eurobarometer-Umfragen zu den Wahrnehmungen und Erwartungen der Bürger zeigen, die in den Jahren 2016 und 2018 für das Europäische Parlament durchgeführt wurden, ist der Anteil der EU-Bürger, die ein stärkeres Engagement der EU in der Industriepolitik befürworten, im genannten Zeitraum von 47 % auf 54 % gestiegen. Zwar wird anhand dieser Zunahme deutlich, dass die Mehrheit der Bürger verstärkte Maßnahmen von der EU erwartet, dennoch befindet sich die Industriepolitik unter allen untersuchten Bereichen weiterhin an der untersten Stelle. Die Industriepolitik ist der Bereich, bei dem sowohl der Anteil der Bürger, die nicht angeben können, ob die derzeitige Beteiligung der EU übermäßig, angemessen oder unzureichend ist (20 % im Jahr 2018 und 21% im Jahr 2016), als auch der Anteil der Bürger, die keine Meinung zu der Frage haben, ob die EU mehr, weniger oder weiter wie gehabt eingreifen sollte (14 % im Jahr 2018 und 17 % im Jahr 2016), am höchsten ist.

Die Ansichten unterscheiden sich zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten teilweise erheblich, wobei die Menschen in den nördlichen und westlichen Mitgliedstaaten geringere Zustimmung zu EU-Maßnahmen äußern als in den südlichen und östlichen Mitgliedstaaten. Die geringste Zustimmung wurde in Schweden (29 %) und Dänemark (30 %) verzeichnet, obwohl der Anteil der Bürger, die EU-Maßnahmen unterstützen, in beiden Ländern gestiegen ist. Die stärkste Unterstützung für mehr EU-Maßnahmen in diesem Bereich ist in Zypern (82 %), Spanien (79 %) und Rumänien (77 %) festzustellen.

Insgesamt ist der Wunsch nach einer stärkeren Beteiligung der EU an der Industriepolitik um 7 Prozentpunkte gestiegen (siehe Abbildung 2). Der Trend einer zunehmenden Zustimmung lässt sich fast überall in der EU beobachten, wobei nur in zwei Mitgliedstaaten ein leicht gegenläufiger Trend auffällt – Italien mit einem Rückgang um zwei Prozentpunkte und Estland mit einem Rückgang um einen Prozentpunkt. Der auffälligste Anstieg ist in Belgien, Deutschland (Anstieg um je 15 Prozentpunkte) und Polen (Anstieg um 14 Prozentpunkte) zu verzeichnen.

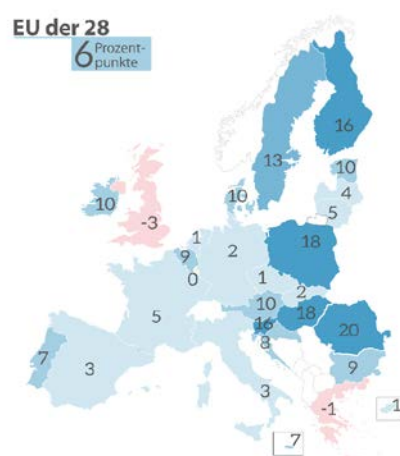
42 % der Unionsbürger bewerten das industriepolitische Engagement der EU als angemessen. Das entspricht einer Steigerung um sechs Prozentpunkte gegenüber 2016. Damals lag der Anteil der Bürger, die das industriepolitische Engagement der EU als unzureichend bewerteten, um einen Prozentpunkt über dem Anteil derer, die es für angemessen hielten (37 % gegenüber 36 %). Im Jahr 2018 bewerteten bereits deutlich mehr Bürger das Engagement der EU als angemessen denn als unzureichend (42 % gegenüber 31 %).

Abbildung 2 – Erwartung eines stärkeren Engagements der EU als bisher: Differenz zwischen 2016 und 2018 in Prozentpunkten



Datenquelle: Eurobarometer [85.1 – 2016](#); [89.2 – 2018](#).

Abbildung 3 – Wahrnehmung des EU-Engagements als gegenwärtig angemessen: Differenz zwischen 2016 und 2018 in Prozentpunkten



Datenquelle: Eurobarometer [85.1 – 2016](#); [89.2 – 2018](#).

Dieser Trend zur positiveren Einschätzung des EU-Engagements lässt sich fast überall in der Union beobachten. Wie bei den Erwartungen gibt es auch bei der Bewertung nur zwei Mitgliedstaaten mit einer geringfügigen Abnahme, nämlich das Vereinigte Königreich (drei Prozentpunkte Rückgang) und Griechenland (ein Prozentpunkt Rückgang). Die Umfrageergebnisse zeigen keine signifikante Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Bürger und dem tatsächlichen Engagement der EU in diesem Politikbereich; dies hat sich im betreffenden Zeitraum nicht wesentlich geändert.

EU-Rahmen

Rechtlicher Rahmen

Auch wenn die ersten Bemühungen zur Förderung der Industrie durch politische Maßnahmen bereits auf die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zurückgehen, wurde erst mit dem Vertrag von Maastricht eine Rechtsgrundlage für die Industriepolitik geschaffen. Wie in [Artikel 173 AEUV](#) dargelegt, lauten die Zielsetzungen der Politik: (1) Erleichterung der Anpassung der Industrie an die strukturellen Veränderungen; (2) Förderung eines für die Initiative und Weiterentwicklung der Unternehmen in der gesamten Union, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, günstigen Umfelds; (3) Förderung eines für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen günstigen Umfelds; und (4) Förderung einer besseren Nutzung des industriellen Potenzials der Politik in den Bereichen Innovation, Forschung und technologische Entwicklung. Anders ausgedrückt, lautet die politische Zielsetzung, günstige Rahmenbedingungen für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen.

Diese Politik ist bereichsübergreifend ausgerichtet, da sie in eine Reihe anderer Politikbereiche der Union wie Handel, Binnenmarkt, Forschung und Innovation, Wettbewerb, Wirtschaftsumfeld, geistige Eigentumsrechte, Energie, Beschäftigung, Umweltschutz und öffentliche Gesundheit eingebettet ist. Sie hat auch eine branchenbezogene Dimension, da sie je nach Anforderungen und Besonderheiten bestimmter Wirtschaftszweige und Produkte unterschiedlich umgesetzt werden kann.⁵ Die EU schafft die Rahmenbedingungen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Die Hauptverantwortung liegt jedoch weiterhin bei den Einzelstaaten. Das Mandat der Union besteht darin, die politischen Strategien und Maßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten zu unterstützen, zu koordinieren oder zu ergänzen, wobei die [Harmonisierung](#) der nationalen Vorschriften oder Gesetze in diesem Bereich jedoch durch Artikel 173 ausgeschlossen wird.

Finanzrahmen

Im mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014–2020 wird die Industriepolitik hauptsächlich unter der Rubrik 1 „Intelligentes und integratives Wachstum“ erfasst, in deren Rahmen KMU und Innovation mit verschiedenen Programmen und Zielen gefördert werden.

- **Horizont 2020:** Das [Rahmenprogramm](#) der EU für Forschung und Innovation (79,4 Mrd. EUR) sieht eine Reihe von Bereichen und Instrumenten vor, die zur Verwirklichung der industriepolitischen Ziele beitragen. So konzentriert sich beispielsweise der Abschnitt „Führende Rolle bei grundlegenden und industriellen Technologien“ auf die Entwicklung von vier Schlüsseltechnologien (Nanotechnologie, innovative Werkstoffe, fortgeschrittene Fertigung und Verarbeitung und Biotechnologie), die die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie voraussichtlich stärken werden. Hochinnovative KMU mit hohem Wachstums- und Internationalisierungspotenzial, die klare kommerzielle Ziele verfolgen, werden mit dem KMU-Instrument gefördert. Horizont 2020 erleichtert auch den Zugang der Industrie zu Risikokapital, unterstützt mit Beratungs- und Networking-Angeboten und ermöglicht Partnerschaften zwischen der Kommission und der Industrie, in deren Rahmen an der Bewältigung der großen aktuellen Herausforderungen und an der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gearbeitet wird. Es fördert außerdem die Digital Innovation Hubs, die Unternehmen bei der Erprobung von Technologien und dem Zugang zu neuesten Erkenntnissen und Know-how unterstützen (100 Mio. EUR pro Jahr bis 2020).

- **COSME:** Das EU-Programm für kleine und mittlere Unternehmen (2,3 Mrd. EUR) unterstützt die Industrie mit Maßnahmen, die KMU den Zugang zu Finanzmitteln und Märkten innerhalb und außerhalb der EU erleichtern und die Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit europäischer Unternehmen verbessern.
- **Fazilität „Connecting Europe“:** Mit einem Finanzrahmen von 19,1 Mrd. EUR fördert die Fazilität die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Industrie, indem die Arbeit an dem europäischen Verkehrsnetz vorangetrieben wird und die europäischen Energiemärkte weiter integriert werden (was möglicherweise Preissenkungen bewirkt) sowie Investitionen in die Infrastruktur im Bereich Telekommunikation und digitale Anschlussfähigkeit getätigt werden.
- **Europäischer Fonds für strategische Investitionen:** Der [EFSI](#) (21 Mrd. EUR) gewährt Bürgschaften, die zusätzliche private Investitionen mobilisieren. Seine Einbindung in Bereiche wie Infrastruktur, Forschung und Innovation, erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Risikofinanzierung für KMU und Bildung macht ihn zu einem wichtigen Instrument für die Modernisierung der europäischen Industrie.
- **EGNOS und Galileo:** Die EU-Satellitennavigationssysteme (7,1 Mrd. EUR) und **Copernicus**, das Erdbeobachtungs- und Überwachungsprogramm der Union (4,3 Mrd. EUR), fördern unmittelbar Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der europäischen Raumfahrtindustrie, sind aber auch auf die Förderung kommerzieller Anwendungen und Möglichkeiten in anderen Industriezweigen ausgelegt.

Ein hohes Maß an Förderung erhält die Industrie auch im Rahmen der **europäischen Struktur- und Investitionsfonds** (454 Mrd. EUR). Diese Fonds⁶ konzentrieren sich auf Bereiche, die für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit von entscheidender Bedeutung sind, wie Forschung und Innovation, digitale Technologien, CO₂-arme Wirtschaft, Förderung von KMU sowie Aus- und Fortbildung. Laut einer [Studie](#) aus dem Jahr 2015 wird mehr als die Hälfte der Finanzausstattung direkt oder indirekt für Initiativen bereitgestellt, die zur Verwirklichung der industriepolitischen Ziele der EU beitragen.

Erfolge der Wahlperiode 2014–2019

Seit Mitte 2014 wurden zahlreiche Ziele erreicht, unter anderem in den folgenden Bereichen:

- **Digitalisierung:** Die EU setzt ihre [Strategie](#) zur Digitalisierung der europäischen Industrie weiterhin um. Die europäische [Plattform der nationalen Initiativen](#) verbessert den Austausch bewährter Verfahren und sorgt dafür, dass die von den Mitgliedstaaten getroffenen Maßnahmen sich gegenseitig ergänzen und verstärken. [In der Forschung wurden öffentlich-private Partnerschaften](#) geschaffen, um digitale Schlüsseltechnologien zu entwickeln und in zukünftige digitale Industriepattformen zu integrieren und um ihre Anwendung in bestimmten Industriezweigen zu fördern. Insbesondere in den ost- und mitteleuropäischen Ländern wächst die Zahl der Digital Innovation Hubs (DIHs), die von der EU in einem [paneuropäischen DIH-Netzwerk](#) miteinander verbunden werden.⁷ Darüber hinaus wurde das [Gemeinsame Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen](#) (HPC) eingerichtet, um europäische und nationale Ressourcen zu bündeln, damit eine HPC-Infrastruktur und [Exa-Super-Rechner](#) entwickelt werden, um KMU und Industrie in die Lage zu versetzen, innovative Lösungen zu finden, Kosten zu senken und ihre Produkteinführungszeiten zu verkürzen. Die EU fördert die Entwicklung von Technologien und industriellen Fähigkeiten im Bereich der [Cybersicherheit](#). Außerdem sollte die Industrie von der bevorstehenden Aufhebung der Beschränkungen des [freien Verkehrs nicht personenbezogener Daten](#) profitieren.
- **Investitionen:** Der [Europäische Fonds für strategische Investitionen](#) trägt zur Modernisierung der Industrie bei, indem er Investitionen in KMU, Forschung, Entwicklung und Innovation, Energieeffizienz, Energie und digitalen Wandel fördert. Bis April 2019 werden die Gesamtinvestitionen voraussichtlich 392 Milliarden Euro erreichen. Die

[Omnibusverordnung](#) zielt darauf ab, die Kombination der EFSI-Ressourcen mit den europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu vereinfachen und damit eine noch höhere Wirkung zu erzielen.

- **Finanzierung:** Mit der [Kapitalmarktunion](#) soll die Verfügbarkeit alternativer Finanzierungsquellen für europäische Unternehmen, auch Industrieunternehmen, verbessert werden. Insbesondere hat sich die EU auf die neuen [Prospektregelungen](#) geeinigt, um den Zugang zu öffentlichen Märkten, insbesondere für KMU, zu erleichtern, sowie auf eine bessere finanzielle Förderung kleiner, wachsender und sozialer Unternehmen durch die Annahme von [Rechtsvorschriften](#) über Europäische Risikokapitalfonds und Europäische Fonds für soziales Unternehmertum.
- **Binnenmarkt für Waren:** Die EU hat eine Verordnung über die [gegenseitige Anerkennung von Waren](#) angenommen, um den Warenhandel im Binnenmarkt zu fördern, indem die Kommunikation zwischen Behörden und Unternehmen verbessert, der Anerkennungsprozess darüber, dass ein Produkt bereits rechtmäßig in einem anderen EU-Land verkauft wird und daher auf den EU-Märkten zugelassen werden kann, erleichtert und die Problemlösungsmechanismen gestärkt werden. Außerdem haben sich das Parlament und der Rat auf Regeln geeinigt, die das Inverkehrbringen von [unsicheren Produkten](#) erschweren.
- **Energie:** Die EU-Politik zielt darauf ab, die Industrie beim Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft und bei der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Treibhausgasemissionen zu unterstützen. In diesem Zusammenhang hat die Union die Emissionsziele für 2030 in den Bereichen Energiewirtschaft und Industrie im Rahmen des [EU-Emissionshandelssystems](#) überarbeitet. Darüber hinaus haben die Mitgesetzgeber eine Einigung über gemeinsame Vorschriften für den [Strombinnenmarkt](#) erzielt, die möglicherweise eine Senkung der Strompreise für die industrielle Nutzung bewirken. Eine weitere wichtige Initiative war die Überarbeitung der [Energieeffizienz-Richtlinie](#), mit der die industrielle Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden soll, indem die Kosten mithilfe von Steigerungen der Energieeffizienz niedrig gehalten werden.
- **Normung und Patente:** In der [Gemeinsamen Normungsinitiative](#) sind wichtige europäische und nationale Organisationen, Einrichtungen und Interessenträger wie Industrie und KMU vertreten und arbeiten an der Modernisierung und Beschleunigung der Umsetzung von Normen bis Ende 2019. Die EU versucht, ein echtes [Einheitspatent](#) zu schaffen, das durch ein Einheitliches Patentgericht geschützt wird.
- **Kompetenzen:** Um Qualifikationslücken zu schließen, die das industrielle Wachstum behindern könnten, wurde im Rahmen der [neuen europäischen Kompetenzagenda](#) die [Blaupause zur Branchenzusammenarbeit für Kompetenzen](#) aufgelegt. In ihrem Rahmen werden die wichtigsten Interessenträger mobilisiert, um branchenspezifische Qualifikationslösungen anzubieten. Darüber hinaus arbeitet die [Koalition für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze](#) daran, die Branche mit digital versierten Arbeitskräften zu versorgen.
- **Kreislaufwirtschaft:** Das Parlament und der Rat haben neue Regelungen für die [Abfallwirtschaft](#) (einschließlich einer erweiterten Herstellerverantwortung) verabschiedet. Dadurch werden Anreize für die Industrie geschaffen, leichter zu rezyklierende oder besser zur Wiederverwendung geeignete Produkte zu entwickeln, und es wird die Industriesymbiose – die Umwandlung von industriellen Nebenprodukten in Rohstoffe für andere Industriezweige – gefördert. Die [EU-Strategie für Kunststoffe](#) zielt darauf ab, die Art der Herstellung, der Verwendung und des Recyclings von Kunststoffen und Kunststoffprodukten zu ändern. Die EU hat außerdem geprüft, inwiefern Möglichkeiten vorhanden sind, um die kreislaufwirtschaftliche Verwendung von 27 [wichtigen Rohstoffen](#) auszubauen.
- **Umweltfreundliche Mobilität** und die **Automobilindustrie:** Die EU führt strenge [CO₂-Emissionsnormen](#) für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge ein und unterstützt gleichzeitig den Einsatz [alternativer Ladeinfrastrukturen](#) sowie Maßnahmen zur Förderung

von Entwicklungen im Bereich des autonomen Fahrens und gemeinschaftlich genutzter Mobilitätslösungen und der Entwicklung nachhaltiger [Batterien](#).

- **Handel:** Zum Schutz der Industrie vor unlauterem Wettbewerb hat die EU neue und strenge Regeln zum [Schutz des Handels](#) erlassen, unter anderem Antidumping- und Ausgleichsmaßnahmen.
- **Verteidigungsindustrie:** Die EU hat sich auf ein neues [Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich](#) (EDIDP) geeinigt, um Innovationen in der Rüstungsindustrie zu fördern.

Nach Angaben der Kommission verzeichneten die wichtigsten Programme zur Förderung der europäischen Industrie, wie Horizont 2020, die Fazilität „Connecting Europe“ und COSME, eine hohe Anzahl von förderfähigen Anträgen, wodurch ihre verfügbaren Mittel vollständig ausgeschöpft wurden (die ersten beiden Programme trugen auch zu der [Einrichtung des EFSI](#) bei). Vor diesem Hintergrund und wie vom [Europäischen Parlament](#) nachdrücklich befürwortet, wurde der Finanzrahmen für die Teilrubrik „Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung“ bei der [Halbzeitüberprüfung](#) des MFR 2014–2020 um 875 Mio. EUR erhöht.⁸

Potenzial mit Blick auf die Zukunft

Längerfristig dürften die EU-Investitionen in die Industrie – insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Forschung und Innovation, wichtige Infrastrukturen und KMU – in Zukunft leicht steigen. In ihrer [Mitteilung](#) vom Mai 2018 über den mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2021 bis 2027 schlug die **Kommission** vor, das Budget für Horizont 2020 um 29 %, die Fazilität „Connecting Europe“ um 19 % und COSME um 17 % [aufzustocken](#). Ferner wurde vorgeschlagen, die Mittel für das [Binnenmarktprogramm](#) um 9 % aufzustocken und den digitalen Wandel durch das Programm Digital Europe mit einem Budget von 9,2 Mrd. EUR zu fördern. Darüber hinaus schlug die Kommission vor, ihre [Kohäsionspolitik](#) zu reformieren, um die Mittel auf für die Industrie wesentliche Bereiche wie Innovation, Förderung von Kleinunternehmen, digitale Technologien, industrielle Modernisierung und den Übergang zu einer CO₂-armen Kreislaufwirtschaft zu konzentrieren. Dies entspricht nicht den Forderungen des **Europäischen Parlaments**: In seiner [Entschliebung](#) vom 14. November 2018 forderte das Parlament eine Erhöhung des derzeitigen Budgets für Forschung und Innovation um 40 %, eine Verdoppelung des COSME-Budgets und eine Erhöhung um 30 % für die Fazilität „Connecting Europe“.⁹

In ihrem Papier zur [Zukunft Europas](#) vom Mai 2019 betont die Kommission, dass sich die zunehmende Nutzung von Technologien und digitalen Lösungen vermehrt auf die Industrie auswirken wird und dass eine moderne Industriepolitik auf dem Binnenmarkt aufbauen und sich auf strategische Wertschöpfungsketten konzentrieren sollte. In dem Dokument wird auch betont, dass dringend Maßnahmen ergriffen werden müssen, wenn gleiche Wettbewerbsbedingungen durch interne oder externe Wettbewerber verzerrt werden, und dass neue Instrumente entwickelt werden müssen, um gegen die wettbewerbsverfälschende Wirkung ausländischer staatlicher Beteiligungen vorzugehen. In einem Reflexionspapier zum Thema [Globalisierung](#) von 2017 vertrat die Kommission die Ansicht, dass die Zukunft der Industrie von Investitionen in neue Fertigungstechnologien und damit verbundene Datendienste abhängt. Von besonderer Bedeutung dabei ist, dass die Entwicklung einer neuen Industriestrategie in der im Mai 2019 veröffentlichten [Strategischen Agenda 2019–2024](#) der Führungsspitzen des Europäischen Rates als Priorität genannt wird. Das erneute Interesse an der Industriepolitik kommt auch im deutsch-französischen [Manifest](#) vom Februar 2019 zum Ausdruck, das eine Vision darlegt, wie die Industrie dabei unterstützt werden kann, die Herausforderungen der Globalisierung zu meistern. In dem Dokument wird für eine verstärkte Unterstützung von Innovationen, die Überarbeitung des Rechtsrahmens und für neue Maßnahmen zum Schutz und zur Sicherung europäischer Unternehmen, Märkte und Technologien plädiert. Was die politischen Perspektiven betrifft, ist die EU nach den geltenden Verträgen in gewissem Maß in der Lage, dem Erfordernis nachzukommen, die Industrie zu modernisieren und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Obwohl die Industriepolitik in erster Linie in die

Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt, wird die Union beim unvermeidlichen Übergang zu einer digitalen, CO₂-armen und stärker kreislauforientierten Industrie in Europa eine wichtige Rolle spielen. Sie wird ihre Investitionen, ihre Forschungs- und Innovationspolitik und den Rechtsrahmen, wie Umwelt- und Produktnormen, auf die Verwirklichung dieses Wandels ausrichten.

Es könnten neue oder überarbeitete **Rechtsvorschriften** in folgenden Bereichen verabschiedet werden:

- **Wettbewerb:** Das [Europäische Parlament](#) hat die Kommission aufgefordert, die Angemessenheit der Marktdefinitionen und der EU-Wettbewerbsregeln¹⁰ zu prüfen, um der Entwicklung der Weltmärkte und dem Aufkommen neuer gewichtiger nationaler Akteure in Drittländern Rechnung zu tragen.
- **Vergabe öffentlicher Aufträge:** Das [Europäische Parlament](#) hat die Kommission zu Überlegungen darüber aufgefordert, wie die Vergabe öffentlicher Aufträge zur systematischen Innovationsförderung eingesetzt werden könnte, insbesondere was die Digitalisierung der Industrie betrifft. Im deutsch-französischen [Manifest](#) wird ferner der strategische Einsatz der Vergabe öffentlicher Aufträge gefordert.
- **Robotik und künstliche Intelligenz:** Das [Europäische Parlament](#) hat die Kommission aufgefordert, die Einrichtung einer gesonderten Stelle zu erwägen, die über das notwendige Know-how verfügt, um rechtzeitig auf neue Chancen und Herausforderungen in diesem vielversprechenden Bereich zu reagieren.
- **CO₂-arme Technologien:** Das [Europäische Parlament](#) hat die Kommission aufgefordert, die verbleibenden rechtlichen Hürden für Investitionen in risikoreiche neuartige Projekte zu beseitigen.

Darüber hinaus könnten in den folgenden Bereichen **Initiativen** ergriffen werden:

- **KMU:** Das [Europäische Parlament](#) hat die Kommission ersucht, eine KMU-spezifische Initiative zur Finanzierung des Zugangs zu kooperativer Forschung, von Digitalisierungsstrategien und der Entwicklung des Exportmarktes in Betracht zu ziehen.
- **Handel:** Das [Europäische Parlament](#) hat eine stärkere Kohärenz zwischen der Handels- und der Industriepolitik gefordert, um Standortverlagerungen und eine weitere Deindustrialisierung in der EU zu verhindern.
- **Industriepolitik:** Das [Europäische Parlament](#) hat die Kommission dazu aufgefordert, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten eine Strategie und einen Aktionsplan auf EU-Ebene für eine kohärente und umfassende Industriepolitik auszuarbeiten, die auf die Reindustrialisierung der EU abzielen und Ziele, Indikatoren, Maßnahmen und einen Zeitplan umfassen.
- **Klimaschutzpolitik:** Das [Europäische Parlament](#) fordert, wirksame Finanzierungsinstrumente und -maßnahmen in die industriepolitische Strategie der EU aufzunehmen, zumal diese dazu beitragen, das Kohlenstoffrisiko zu senken und der Gefahr der Verlagerung von CO₂-Emissionen entgegenzuwirken.

HAUPTQUELLEN

Szczepański, M: A renewed industrial policy strategy ([Eine erneuerte Strategie für die Industriepolitik](#)), EPRS, Europäisches Parlament, November 2017.

Europäische Kommission: [Lage der Union 2017 – Strategie für die Industriepolitik: Investitionen in eine intelligente, innovative und nachhaltige Industrie](#), September 2017.

Europäische Kommission: [Die Europäische Industrie – Fakten und Zahlen zu Wettbewerbsfähigkeit und Innovation](#), September 2017.

Parry, M. und Sapala, M.: [2021–2027 multiannual financial framework and new own resources: Analysis of the Commission's proposal](#), EPRS, Europäisches Parlament, Juli 2018.

ENDNOTEN

- ¹ Einige [Wissenschaftler](#) vertreten die Auffassung, dass zwischen der Deindustrialisierung als Auswirkung der allgemeinen Globalisierungsfolgen und dem jüngsten Aufkommen populistischer Bewegungen in den USA und Europa ein Zusammenhang besteht.
- ² Dazu gehören beispielsweise fortschrittliche Fertigung und Nanotechnologie, Biotechnologie, Mikro- und Makroelektronik, Photonik und innovative Werkstoffe.
- ³ Weitere Einzelheiten im [Wirtschafts- und Haushaltsausblick für die Europäische Union 2018](#), EPRS, S. 57–59.
- ⁴ Dieser Abschnitt wurde von Alina Dobрева verfasst; die Grafiken stammen von Nadejda Kresnichka-Nikolchova.
- ⁵ Beispiele für die durch eine sektorale Industriepolitik erfassten Branchen sind: Die [Chemie-](#), [Automobil-](#), [Tourismus-](#), [Textil- und Bekleidungsindustrie](#), die [Verteidigungs-](#), [Mode- und Kreativindustrie](#), die [Rohstoff-, Metall-, Mineralien- und Holzindustrie](#), der [Maschinenbau](#) sowie die [Elektro- und Elektronikindustrie](#), die [Lebensmittel- und Getränkeindustrie](#), das [Gesundheitswesen](#), [Biotechnologie](#), [Luftfahrt](#) und [Schifffahrt](#).
- ⁶ Zu den Fonds zählen der Europäische Fonds für regionale Entwicklung ([EFRE](#)), der Europäische Sozialfonds ([ESF](#)), der [Kohäsionsfonds](#), der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums ([ELER](#)) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds ([EMFF](#)).
- ⁷ Wichtige Initiativen, die auch zur Entwicklung des DIH-Netzwerks beitragen, sind: Der European Coordination Hub for Open Robotics Development ([ECHORD++](#)), der Open Data Incubator Europe ([ODINE](#)), das Network for Supercomputing Expertise for SME ([SESAME NET](#)) und die einzige Anlaufstelle zur Beschleunigung von Innovationen im Bereich Photonik und für technologische Unterstützung ([ACTPHAST](#)).
- ⁸ Dazu gehörten auch [Erasmus+](#), [Wifi4EU](#) und der EFSI.
- ⁹ Zu laufenden Preisen.
- ¹⁰ Grundsätzlich wird die Beteiligung des Parlaments an der Wettbewerbsgesetzgebung derzeit durch das [Konsultationsverfahren](#) geregelt.

HAFTUNGSAUSSCHLUSS UND URHEBERRECHTSSCHUTZ

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments.

Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

© Europäische Union, 2019.

Bildnachweise: © zapp2photo/Fotolia.

eprs@ep.europa.eu (Kontakt)

www.eprs.ep.parl.union.eu (Intranet)

www.europarl.europa.eu/thinktank (Internet)

<http://epthinktank.eu> (Blog)

